

An die Vorstände von Partei und Bundestagsfraktion der LINKEN

Zur Diskussionskultur in der Programmdiskussion

Los Quemados, 16. Januar 2011

Liebe Vorsitzende,

Dies ist ein offener Brief an Euch, weil er das Parteileben anspricht, für das auch Ihr zuständig seid. Wiewohl meine Sorge der allgemeinen Frage von Hegemoniegewinnung für unsere kleine Partei gilt, konzentriere ich mich hier auf die Programmdiskussion, für die ich mich besonders verantwortlich fühle. Ich erinnere kurz, dass Oskar und Lothar mich vor gut zwei Jahren beauftragten, den Programmmentstehungsprozess feministisch zu begleiten, dass ich in diesem Kontext eine internationale Umfrage durchgeführt habe, ein Buch herausgab – *Briefe aus der Ferne* – und in unzähligen Debatten, Seminaren, Konferenzen, Vorträgen im ganzen Land dafür spreche, die Vier-in-einem Perspektive ins Programm zu nehmen, um dessen Perspektive zu stärken und den lange schwelenden Streit um Arbeit und Grundeinkommen in einem pluralen Projekt aufzuheben, das ausstrahlen kann und den anderen Parteien etwas Qualitatives voraus hat. Der Auftrag wurde auf dem letzten Parteitag 2010 erneuert.

Seit der erste Entwurf für das neue Parteiprogramm freigegeben ist – in dessen Entstehung ich wider Erwarten nicht einbezogen wurde – gibt es überall engagierte Diskussionen. Eine ganz unerwartete Diskussionskultur ist entbrannt. Die vielen Mitglieder setzen sich zu einer Art großem Seminar hin und erwägen, wie ihr Programm aussehen sollte. Lange mürrische Duldung und Apathie sind umgeschlagen in das Verlangen, mit zu gestalten. Der Prozess selbst ist ein Stück wirklich gewordener

sozialistischer Demokratie. Kritik und Widerspruch werden lebendige Parteikultur. Der Prozess ist in dieser Form neu und in der Parteienlandschaft einmalig, so dass es noch keine guten Auffangstrukturen gibt, wie weiter zu verfahren ist. Von den Zuständigen wird jetzt ein hohes Maß an Orientierung und Aufnahme der Impulse erwartet. Niemand denkt, dass dies leicht sei.

Jetzt aber mehren sich die Eindrücke, dass alles nur Schein war, eine Art Beschäftigungstherapie, die sich die Führung mit ihrem Parteivolk leistete und der jetzt ein Ende gesetzt werden sollte. Man will zu Ergebnissen kommen. Es ist dies nicht der Ort, darüber zu streiten, wie verhängnisvoll dieses wäre und wie sehr das Programm von seiner Wirkung her verkannt würde, wenn nicht der Prozess seiner Entstehung als der eigentliche Politisierungsprozess erkannt würde. Umso wichtiger aber jetzt, darauf zu sehen, wie der weitere Prozess orientiert wird.

Hier komme ich zur eigentlichen Besorgnis, die mich diesen Brief schreiben ließ. Zwar ist DIE LINKE nicht die Partei, an die Gramsci aus dem Gefängnis seinen äußerst besorgten Brief wegen der feindseligen Weise schrieb, wie in der sowjetischen Führung gestritten wurde, aber doch ist die Kernfrage geblieben: was von einer Diskussionskultur in der Parteiführung erwartet werden muss, die in der Bevölkerung Hegemonie zu gewinnen sucht. DIE LINKE ist doch eine Partei im Werden, die den Widerspruch und die Kritik zu institutionalisieren sucht, die politische Handlungsfähigkeit verbreitern will, die also auch selbst vorlebt, welche vielfältigen Möglichkeiten es gibt, Meinungsverschiedenheiten auszutragen und gerade dadurch, also mit sozialistischer Demokratie in der Diskussion für sich wirbt.

Als eine der wenigen im europäischen Raum verbliebenen Partei ihrer Art trägt die LINKE eine internationale Verantwortung. Die Partei muss nicht nur politisch, sondern auch moralisch ein Vorbild sein, das Mitgliedern aufgibt, durch ihr konkretes Verhalten auch Außenstehende zu gewinnen und in diesem Sinn Hegemonie mitzutragen, ohne die die Partei überhaupt nicht bestehen kann. Der eigene Arbeitsstil muss davon bestimmt sein, Menschen wichtig zu nehmen, also horizontale Beziehungsformen einer emanzipierten Gesellschaft auch hier und heute schon vorzuführen.

Ein besonders markantes Beispiel, wie Konflikte nicht ausgetragen werden sollten, scheint mir in diesem Kontext der öffentliche Brief von Ralf Krämer vom 14. Dezember zu sein, der an mehreren Orten erschienen ist. Der Stil ist äußerst aufgebracht, er spricht von einem Standpunkt des „wissenden“ Oben und behandelt die stellvertretende Parteivorsitzende, als sei sie ein lästiges Schulkind, um schließlich ihren Stil als „verleumderisch und widerlich“ abzukanzeln. Sein eigener Stil — „Diffamierung. Sie verbreitet Ideologie im schlechtesten Sinne, weil sie Aussagen verdreht und offensichtliche Realität schlicht leugnet“, „Unverschämtheit“ — lässt mit Schrecken an eben die Schlachten denken, die Gramsci für den größten Schaden an der Internationale hielt. Wäre es nicht an der Zeit, eine Debattenkultur zu entwickeln, die es den einzelnen überhaupt erst ermöglicht, ihre je anderen Auffassung und Position einzubringen, dass ein Erfahrungsprozess in Gang kommt, in dem das Kritikrecht passiv und aktiv als wesentliches Moment sozialistischer Demokratie zur Geltung kommt?

Darum geht es mir in diesem Brief vor allem. Ich möchte jedoch hinzufügen, dass die Verwandlung eines offenen Diskussionsprozesses, in dem sich die Partei erst selbst findet,

durch ein Verfahren, in dem nur mehr Änderungsanträge gelten, auch für mich befremdlich und unverständlich ist – geht es doch in diesem Zustand, in dem der Entwurf jetzt ist, wesentlich auch darum, Struktur und roten Faden, Perspektive und Wege gemeinsam auszumachen. So erweist sich die Unvollkommenheit des Entwurfs gerade als ein historischer Glücksfall. Die Rede von der Vollkommenheit des jetzigen Textes setzt dazu an, diesen Glücksfall in eine Pechsträhne zu verwandeln.

Mein Vorschlag ist, eine öffentliche Debatte über die Rolle der Kritik für die sozialistische Demokratie zu führen. Wer Kritik von vorneherein als "falsche Kritik" abwehrt, bricht die Diskussion ab. Ferner, um solche Entgleisungen zu verhindern, ein Diskussionsorgan einzurichten, in dem über alle angehenden Fragen auch parteiöffentlich von allen argumentiert werden kann. Eine solche Frage sind Differenzen in der Auffassung des Arbeitsbegriffs, die im Moment Spaltungstendenzen befördern. Ist ein solches Diskussionsorgan erst vorhanden, erübrigen sich Diskussionen, ob es richtig ist, in einer von der Partei unabhängigen, wiewohl eindeutig für sie Partei ergreifenden Zeitschrift interne Diskussionen zu führen, wie dies Katja getan hat. Ralf Krämer hat im Namen der "Sozialistischen Linken" vorgeschlagen, zusammen mit den Frauen, die sich zur Resolution der Bundesfrauenkonferenz bekennen, einen Workshop zum Thema Arbeit und seiner Behandlung im Programm durchzuführen. Ich schlage dem Parteivorstand vor, einen strömungsübergreifenden Workshop zum Streit über die arbeitspolitischen Beschlüsse der Bundesfrauenkonferenz und ihrer Kritik am Programmentwurf einzuberufen.

In der Hoffnung auf baldige Antwort sende ich Euch solidarische Grüße

Frigga Haug

PS. Ich habe Ralf Krämer in diesem Sinn geschrieben und ihm diesen Brief an Euch zur Kenntnis gegeben.